

### Mehr Frauen sollen führen

#### Bundestag verabschiedet Quote für Aufsichtsräte

**Führung soll weiblicher werden: Nach jahrelangen Debatten wird der Bundestag am Freitag über die Frauenquote in Führungspositionen in Unternehmen beschließen.**

VON PETRA SIGGE

**Bremen.** Irgendwo auf dem Weg an die Spitze gehen die Frauen verloren. In den Top-Etagen der großen Unternehmen sind sie immer noch eine Ausnahme. Das belegen auch das jüngste Managerinnen-Barometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sowie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Danach lag Ende 2014 der Frauenanteil in den Vorständen der – gemessen am Umsatz – 200 größten Unternehmen bei gut fünf Prozent. Das entspricht gerade 47 von insgesamt 877 Vorstandssitzen. Etwas besser vertreten sind Frauen in Aufsichtsräten: Dort ist ihre Zahl in den Top-100-Unternehmen im vergangenen Jahr auf etwa 18 Prozent gestiegen.

Mit der Frauenquote will die Koalition jetzt den Weg für Frauen in die Entscheider-Gremien ebnen. Die Vorgabe eines Frauenanteils von 30 Prozent im Aufsichtsrat betrifft allerdings nur Großunternehmen mit Börsennotierung und voller Mitbestimmung. Deutschlandweit sind das gut 100 Firmen. Ist künftig ein Aufsichtsrat zu männerlastig, müssen Aufsichtsratsposten zur Strafe unbesetzt bleiben. In Bremen wird diese Regelung unter anderem die BLG betreffen, wo aktuell von 16 Aufsichtsräten nur zwei Frauen sind. Anders sieht es dagegen beim Raumfahrtkonzern OHB aus: Hier sitzen schon jetzt zwei Frauen in dem dreiköpfigen Aufsichtsgremium.

Die Bremer Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe nennt die Quote „einen guten ersten Schritt, um einen Mentalitätswandel einzuleiten“. Allerdings könnten 30 Prozent nur ein erstes Ziel sein. Hauffe: „Ich bin mir sicher, dass Unternehmen, die die Quote nicht als Soll, sondern als echte Chance verstehen, schnell feststellen werden: Es lohnt sich, auf qualifizierte Frauen – die es natürlich gibt – in Spitzenpositionen zu setzen, weil sie ihren Teil zum Unternehmenserfolg beitragen und auch einen oftmals notwendigen Wandel in der Unternehmenskultur anstoßen können.“

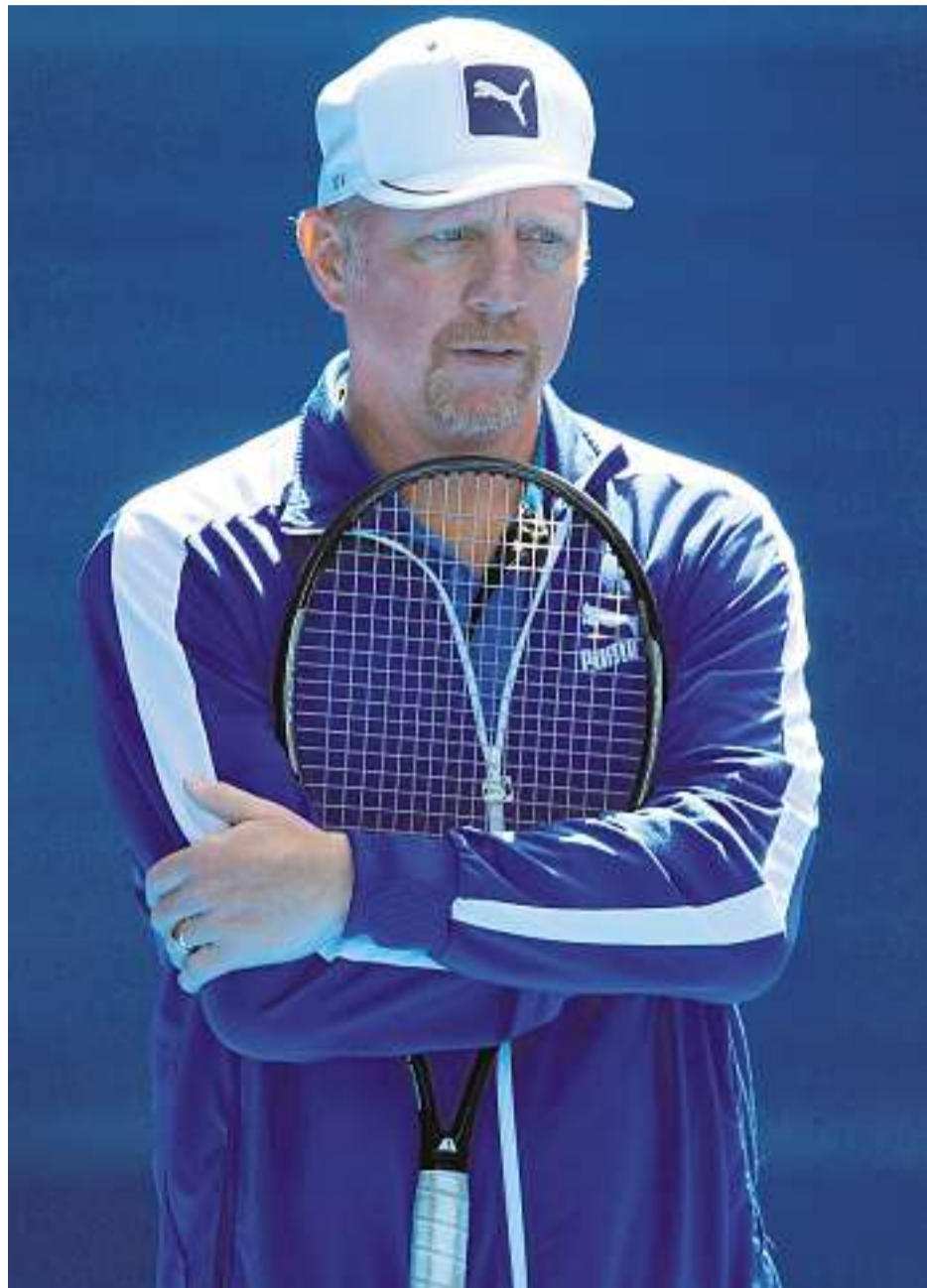
Das sieht die Vizepräsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen

(VdU), Cornelia Hopp, nicht anders. Sie nennt die Quote in Aufsichtsräten einen „guten Anfang“. Sie verwahrt sich jedoch gegen entsprechende Vorgaben auch für Vorstände. Im Interview mit dem WESER-KURIER sagt sie: „Wir haben als Verband immer gesagt, wir wollen nicht, dass ins operative Geschäft der Unternehmen eingegriffen wird.“ Sie plädiert vielmehr für Vergütungsmodelle, in denen es sich für Vorgesetzte lohnt, wenn sie sich im Unternehmen um Frauenförderung kümmern. Obwohl das Thema Quote schon lange in der öffentlichen Diskussion ist, kann Hopp, die als Personalberaterin Führungskräfte vermittelt, zum eigenen Erstaunen bisher noch keine verstärkte Nachfrage nach geeigneten Kandidatinnen feststellen.

Als bloße Korrektur der Symptome und als Eingriff in Rechte der Unternehmen, geißelt der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen, Volker Müller, den Gesetzentwurf: „Das allein entscheidende Kriterium für die Bestellung von Aufsichtsräten und Vorständen muss die Qualifikation und darf nicht das Geschlecht sein.“ Denn die Vorgabe von Quoten mache keinen Sinn, wenn zum Beispiel aufgrund des Berufswahlverhaltens von Frauen Bewerberinnen gar nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stünden, sagt Müller, dessen Organisation rund 70 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Niedersachsen vertritt.

Der Gesetzentwurf verpflichtet auch 3500 Firmen mit 500 bis 2000 Mitarbeitern dazu, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Dazu müssen sie eigene Pläne für die Postenvergabe an Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und Management aufstellen. Sie sind zudem verpflichtet, ihre Zielvorgaben öffentlich zu machen und über den Stand der Umsetzung zu informieren. Hat die Frauenquote auf der Führungsebene erst einmal 30 Prozent erreicht, darf sie nicht mehr unter diesen Wert zurückrutschen. Sanktionen, wenn die Quote verfehlt wird, sind vom Gesetz nicht vorgesehen. Auch öffentliche Unternehmen müssen ab 2016 eine Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten einhalten. Das gilt für den öffentlichen Dienst auf Bundesebene und für Unternehmen, bei denen der Bund Aufsichtsratsmandate besetzt – zum Beispiel bei der Bahn. Interview Seite 15

### Mit kritischem Blick



Sein Wort hat Gewicht: Boris Becker, der erfolgreichste deutsche Tennisspieler aller Zeiten, sorgt sich um den aktuellen Zustand seiner Sportart in Deutschland. FOTO: IMAGO

**Bremen.** Die Trennung von Daviscup-Teamchef Carsten Arriens, der Konflikt um den umstrittenen Top-Spieler Philipp Kohlschreiber, das ewige Funktionsgerangel – die ständige Unruhe im Deutschen Tennis Bund (DTB) hat Boris Becker auf den Plan gerufen. Vor der Daviscup-Partie an diesem Wochenende gegen Frankreich kritisiert der dreimalige Wimbledon-Sieger die Eigensinnigkeit im DTB und fordert eine „große gemeinsame Initiative“, um das deutsche Herren-Tennis mittelfristig zurück zum Erfolg zu bringen. Interview Seite 25

viccup-Partie an diesem Wochenende gegen Frankreich kritisiert der dreimalige Wimbledon-Sieger die Eigensinnigkeit im DTB und fordert eine „große gemeinsame Initiative“, um das deutsche Herren-Tennis mittelfristig zurück zum Erfolg zu bringen. Interview Seite 25

**Bremer Immobilien Tage 2015**  
**MORGEN geht's los!**  
7. + 8. März 2015, 10–17 Uhr  
Rund 50 Aussteller im FinanzCentrum Am Brill  
www.sparkasse-bremen.de

LBS Die Sparkasse Bremen  
Finanzdienstleistung  
Stark. Fair. Hanseatisch.

### Bremen fördert Fahrradstraßen

**Bremen (wig).** Die Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr hat am Donnerstag einstimmig und damit parteiübergreifend Bremer Leitlinien beschlossen. Sie dienen ab sofort dazu, Fahrradstraßen einheitlich zu beschildern, und legen unter anderem fest, dass durchweg eine Breite von mindestens vier Metern zur Verfügung stehen muss. Überdies wurde eine Liste von acht neuen Strecken benannt, die – nach Gesprächen mit den jeweils zuständigen Beiräten – als neue Fahrradstraßen ausgewiesen werden können. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9

www.aldi-nord.de

**SUPER FRISCH. SUPER PREIS.** NUR FREITAG + SAMSTAG + UNSERE FRISCHE-ANGEBOTE

**TYPISCH ALDI!**

FRISCHE-ANGEBOTE IM INNENTEIL

### Werder-Fans legen Bahnverkehr lahm

**Bremen (mic).** Eine Gruppe Fans von Werder Bremen hat auf dem Rückweg vom Pokalspiel in Bielefeld in einem Zug randaliert. Laut Bundespolizei brachten sie den mit rund 400 Fußball-Anhängern besetzten Regionalexpress per Notbremse kurz vor Eystrup auf offener Strecke zum Stehen. Ein Mitarbeiter der Bahn wurde von den Fans mit Schlägen und Tritten verletzt. Weil mehrere Fußball-Anhänger den Zug verließen, musste die Bahnstrecke Hannover-Bremen in beide Richtungen gesperrt werden. Ein Großaufgebot der Polizei sorgte schließlich für die Weiterfahrt des Zuges. Da die Personalien jedes einzelnen Fahrgastes aufgenommen wurden, verzögerte sich die Rückreise. Erst gegen 6 Uhr erreichte der Zug Bremen. Bericht Seite 11

### Sparkasse erzielt sattes Plus

**Bremen.** Trotz andauernder Niedrigzinsphase und intensivem Wettbewerb ist die Sparkasse Bremen mit ihrem Jahresergebnis zufrieden. Sie schloss die Bilanz 2014 mit einem Plus in Höhe von 34,8 Millionen Euro ab und macht damit das vergangene Jahr zum zweitfolgreichsten ihrer 190-jährigen Geschichte, wie der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Bremen, Tim Neseemann, auf der Bilanzpressekonferenz am Donnerstag erklärte. Mit einer Bilanzsumme von knapp elf Milliarden Euro sowie einer steigenden Eigenkapital-Quote sei das regionale Geldinstitut „nach wie vor stark und solide aufgestellt“, so Neseemann. Die Sparkasse Bremen zähle zu den Top Ten der insgesamt rund 400 Kassen in Deutschland. Bericht Seite 17

### Justiz beruft Wulffs Ankläger ab

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Die Ankläger des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff sind aus der Zentralstelle für Korruptionsstraftaten bei der Staatsanwaltschaft Hannover abberufen worden. Oberstaatsanwalt Clemens Eimterbäumer ist laut einer am Donnerstag erteilten Auskunft der Ermittlungsbehörde gegenüber dem WESER KURIER neuerdings für Sonderaufgaben und die Verfolgung von Sexualdelikten zuständig. Seine Kollegin Anna Tafelski bearbeitet jetzt Strafverfahren gegen Polizei- und Justizbeamte; außerdem verstärkt sie die Pressestelle der Staatsanwaltschaft.

Das Landgericht Hannover hatte Wulff vor einem Jahr vom Vorwurf der Vorteilsannahme im Zusammenhang mit einem Oktoberfest-Besuch freigesprochen. In dem Prozess hatten das Ex-Staatsoberhaupt und seine Verteidiger dem Oberstaatsanwalt Eimterbäumer immer wieder Übereifer und zweifelnde Ermittlungsmethoden vorgeworfen. Dessen jetzt erfolgte Versetzung habe aber nichts mit dem damaligen Korruptionsverfahren zu tun, erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Thomas Klinge. Seine Behörde werde sich insgesamt in einem Umbau, bei dem die einzelnen Dezernate neu zugeschnitten würden: „Bei uns ist alles im Fluss.“

### US-Soldaten angeblich schon in der Ukraine

#### Moskau schlägt Alarm / In Washington werden die Rufe nach Waffenlieferungen für Kiew immer lauter

VON JOHANNES SCHMITT-TEGGE UND ULF MAUDER

**Moskau-Washington.** NATO-Schiffe im Schwarzen Meer und US-Soldaten in Reichweite des Kriegsgebiets Donbass: Russland sieht sich im Ukraine-Konflikt zunehmend vom Westen provoziert. Zwar ist unklar, ob im Westen der Ukraine tatsächlich schon die bestellten ersten von 300 US-Militärausbildern angekommen sind. Kiew dementiert halbherzig, Washington gibt sich schmallippig. Moskau ist überzeugt von der Truppenpräsenz und schlägt Alarm.

Die militärischen Drohgebärden des Westens und die in den USA diskutierten Waffenlieferungen für die Ukraine seien eine Gefahr für den Friedensprozess, warnt der Kreml. Wenn Menschen im Donbass von US-Waffen getötet würden, entstünde ein „kolossaler Schaden“ für das Verhältnis zwischen Moskau und Washington, donnert das russische Außenamt. Es gibt kaum Zweifel, dass die Russen bei der Ankunft von Ausbildern aus den USA und Großbritannien auch ihren Einsatz in dem Konflikt erhöhen würden – von Waffenlieferungen ganz zu schweigen. Russland fühlt sich auch durch die verstärkte Aktivität der NATO im Baltikum unter Druck. Wohl auch deshalb beginnen neue Militärmanöver in mehreren Teilen des Riesenreiches.



Aufgeheizte Stimmung: In Kiew wird Toilettenpapier mit dem aufgedruckten Konterfei von Kreml-Chef Wladimir Putin verkauft. FOTO: DPA

Das Pentagon gibt sich mit Blick auf die angeblich bis zu 300 in der Westukraine erwarteten Soldaten zunächst bedeckt. Vor zwei Wochen war die Ausbildungsmission für ukrainische Kampfruppen vorübergehend gestoppt worden, hatte der Kommandeur der US-Truppen in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, in Berlin erklärt. Damit sollte dem Friedensabkommen von Minsk eine Chance gegeben werden.

Schon beim Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Weißen Haus wurde aber deutlich, dass die Geduld der Amerikaner mit Blick auf die zäh ausgehandelte

Waffenruhe nicht endlos sein würde. US-Präsident Barack Obama will nicht schon wieder als Zauderer dastehen. Seit Monaten werfen ihm seine Gegner vor, sich vom russischen Präsidenten Wladimir Putin an der Nase herumführen zu lassen.

Der Kremlchef weist zum Beispiel immer wieder Vorwürfe zurück, reguläre russische Soldaten kämpften mit den Separatisten im Kriegsgebiet Donbass. Moskau legt Wert auf den Unterschied, dass zwar Russen dort freiwillig im Einsatz sein könnten, es aber keinen Marschbefehl gebe.

Wohl auch mit Blick auf diese russische Schützenhilfe wird die Diskussion um die Lieferung defensiver Waffen in Washington immer lauter geführt. Diese Woche sprach sich Martin Dempsey, ranghöchster General des US-Militärs, in deutlichen Tönen dafür aus. Die Regierung solle „unbedingt“ darüber nachdenken, empfahl der Generalstabschef. Denn letztlich sei Putins Ziel, das NATO-Bündnis zu schwächen.

Vor neuen Gesprächen über den in Minsk vereinbarten Friedensprozess an diesem Freitag in Berlin pocht Putin darauf, dass das Abkommen vom 12. Februar punktgenau umgesetzt wird. Doch die Waffenruhe bleibt brüchig, die Stimmung aufgeheizt. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat angeordnet, die Armee um ein Drittel auf 250000 Mann aufzustocken.

**INHALT**

Bildung & Wissen	28
Familienanzeigen	21
Fernsehen	6
Lesermeinung	18
Rätsel & Roman	5
Schiffahrt	19
Tipps & Termine	27
Veranstaltungsanzeigen	20

H 7166 • 28189 BREMEN



### STANDPUNKT Leyen bietet Lesestoff

**Berlin.** Gleich zwei neue politische Bücher widmen sich der Verteidigungsministerin. In beiden Bänden zeichnen Berliner Politik-Korrespondenten den Weg von Ursula von der Leyen nach. Sie erzählen dabei anschaulich, wie es das brave „Röschen“ zur Traumkarriere brachte. In Stil und Schwerpunktsetzung unterscheiden sich die Autoren. Einig sind sie sich in der Kritik: Die Ministerin übertreibt die Selbstinszenierung. Seite 2



### KULTUR Venditti gewinnt Förderpreis

**Bremen.** Er ist eine Art Leistungsschau der jungen, zeitgenössischen Kunst in Bremen und gleichzeitig für viele Protagonisten der Ansbach zu einer Künstlerkarriere: der Bremer Förderpreis für Bildende Kunst. In diesem Jahr geht der mit 5500 Euro dotierte Preis an Tobias Venditti für seine Installationen. Die Exponate der ausgewählten beteiligten Künstler werden bis zum 3. Mai in der Städtischen Galerie gezeigt. Seite 22



### SPORT Löw soll bleiben

**Berlin.** Sein aktueller Vertrag als Bundestrainer läuft bis zur EM 2016 – doch Joachim Löw dürfte auch darüber hinaus für die Geschicke der deutschen Fußball-Nationalmannschaft verantwortlich bleiben. Medienberichten zufolge sind die Verhandlungen zwischen dem DFB und dem Berater des Weltmeister-Trainers „sehr weit vorangeschritten“. Es geht demnach um eine Vertragsverlängerung bis zur WM 2018. Seite 23



### WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
9°	3°	20%

**Viele Wolken, etwas Sonne**  
Ein Sturmtief bei Spitzbergen lenkt einige Regen- und Schneeschauer über Nordeuropa und den Osten Mitteleuropas.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell